

4. Mai 2021

Offener Brief zu den Konsequenzen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz

An:

die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

den Vizekanzler Olaf Scholz

den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und CDU-Parteivorsitzenden Armin Laschet

den Ministerpräsidenten von Bayern und CSU-Parteivorsitzenden Markus Söder

die SPD-Parteivorsitzende Saskia Esken

den SPD-Parteivorsitzenden Dr. Norbert Walter-Borjans

den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Ralph Brinkhaus

den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Dr. Rolf Mützenich

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Vizekanzler, sehr geehrter Herr Laschet, sehr geehrter Herr Söder, sehr geehrte Frau Esken, sehr geehrter Herr Dr. Walter-Borjans, sehr geehrter Herr Brinkhaus, sehr geehrter Herr Dr. Mützenich,

mit seinem historischen Urteil hat das Bundesverfassungsgericht der Verfassungsbeschwerde von Greenpeace und anderen Umweltverbänden Recht gegeben: Das Klimaschutzgesetz ist in Teilen verfassungswidrig. Das Verschieben von Reduktionslasten in die Zukunft ist unzulässig und verletzt die Freiheitsrechte der jungen Generation.

Wir begrüßen die Ankündigungen von Vertreter:innen Ihrer Bundesregierung, eine Nachbesserung des Klimaschutzgesetzes zeitnah vorzunehmen. Um die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu erfüllen, sind jetzt folgende Änderungen und Ergänzungen am Klimaschutzgesetz notwendig:

- Festlegung eines nationalen CO₂-Budgets, das mit dem Ziel des Pariser Klimaabkommens vereinbar ist, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Hierbei verweisen wir mit Nachdruck auf die Berechnungen des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU)[1].

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, BIC GENODEM1GLS, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Greenpeace e. V. T 040.3 06 18-0, F 040.3 06 18-100, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de

Anschrift Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg

Anfahrt U-Bahn: U 4, Station: Überseequartier; Bus: Linie 111, Station: Osakaallee oder Shanghaiallee

Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030.30 88 99-0, F 030.30 88 99-30

GREENPEACE

- Anhebung des Klimaziels für 2030 auf eine Reduktion des Ausstoßes klimaschädlicher Gase um mindestens 70 Prozent bis 2030, wie in der RESCUE-Studie des Umweltbundesamt aufgezeigt wurde.[2]
- Festlegung einer Zielmarke deutlich vor 2040 zum Erreichen von Null-Emissionen.
- Beschluss wirksamer Maßnahmen, um mittelfristig eine deutliche Reduktion des Treibhausgasausstoßes sicherzustellen:
 - Vorziehen des Kohleausstiegs auf spätestens 2030, wobei die CO₂-intensivsten Kraftwerke so früh wie möglich vom Netz zu nehmen sind
 - Keine Neuzulassungen von PKW mit Verbrennungsmotor ab 2025
 - Ende der Massentierhaltung und der emissionsintensiven Landwirtschaft
 - Abschaffung aller klimaschädlichen Subventionen bis 2025
- Verabschiedung eines Sofortmaßnahmenprogramms, um den Treibhausgasausstoß schnell und signifikant zu reduzieren. [3]

Klimaschutz hat ab sofort Verfassungsrang. Sie müssen jetzt einen schlüssigen Reduktionspfad festlegen, wie Deutschland schnell Treibhausgasneutralität erreicht und das Recht der jungen Generation auf Zukunft sichert. Das CO₂-Reduktionsziel für 2030 muss deutlich angehoben werden und das uns in Deutschland noch verbleibende CO₂-Restbudget muss zwischen den Generationen fair aufgeteilt werden. Klimaschutz ist Menschenrecht und sichert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Für ein persönliches Gespräch stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand

[1] Siehe Sachverständigenrat für Umweltfragen (2020): Pariser Klimaziele erreichen mit dem CO₂ - Budget, online: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Kap_02_Pariser_Klimaziele.pdf?__blob=publicationFile&v=29

[2] Siehe Umweltbundesamt (2019): RESCUE - Wege in eine ressourcenschonende Treibhausgasneutralität, online: <https://www.umweltbundesamt.de/rescue>

[3] Konkrete Vorschläge für Sofortmaßnahmen und Anforderungen an die nächste Bundesregierung beim Klima- und Naturschutz finden Sie in den gemeinsamen Forderungen der Umweltverbände zur Bundestagswahl: https://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2021-DNR_Kernforderungen_zur_Bundestagswahl.pdf

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, BIC GENODEM1GLS, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.